

# **IHK-Konjunkturumfrage: Atempause in der Krise? Unternehmen blicken vorsichtig optimistisch in die Zukunft**

Gestörte Lieferketten, gestiegene Energiekosten, hohe Verbraucherpreise: Die Unternehmen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund, zu dem auch Bergkamen gehört, haben weiterhin mit den teils dramatischen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zu kämpfen. Trotzdem zeigt sich die Wirtschaft zum Jahresbeginn vorsichtig optimistisch.

Die Phase größter Unsicherheit scheint vorerst überwunden. Das ist das Ergebnis der Konjunkturumfrage, an der sich insgesamt 141 Unternehmen mit über 26.000 Beschäftigten beteiligt haben. Vor allem die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich im Vergleich zur letzten Befragung verbessert. Selbst das Schlusslicht der Herbstbefragung, der Handel, erwartet deutlich bessere Geschäfte. 41 Prozent der Handelsunternehmen rechnen in Zukunft mit schlechteren Zahlen. Im Herbst 2022 waren es noch 61 Prozent der Unternehmen. Auch über alle Branchen verteilt haben sich die pessimistischen Erwartungen von 53 Prozent auf 27 Prozent fast halbiert. Der historische Tiefstand scheint damit überwunden.

Die gegenwärtige Geschäftslage bewerten 87 Prozent der Unternehmen (im Herbst 86 Prozent) als gut oder befriedigend. Der Umfrage zufolge ist der IHK-Konjunkturklimaindikator, Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung, um 24 auf insgesamt 101 Punkte gestiegen. Das Niveau unmittelbar vor Ausbruch des Ukrainekrieges Anfang 2022

(115 Punkte) ist damit allerdings noch nicht wieder erreicht. Es besteht aber Anlass zur Hoffnung, dass sich der nach dem coronabedingten Einbruch zunächst verhaltene Wiederaufschwung fortsetzt.

„Das sind bessere Nachrichten als im vergangenen Jahr“, sagt Heinz-Herbert Dustmann, Präsident der IHK zu Dortmund. „Die anfängliche Angst vor einer tiefen Rezession und einer möglichen Deindustrialisierung unseres Landes hat sich zum Glück nicht bestätigt.“ Gleichwohl, so Dustmann, sei noch nicht absehbar, wie sich die langfristigen Folgen der deutlich höheren Energiepreise auf die Wirtschaft auswirkten: „Das werden die kommenden Monate zeigen.“

Tatsächlich bereitet der deutliche Anstieg der Gaspreise großen Teilen der Wirtschaft weiterhin viele Sorgen. 57 Prozent der Unternehmen geben an, Maßnahmen zur Einsparung von Gas ergriffen zu haben. Branchenübergreifend sparen 59 Prozent der Unternehmen kurzfristig Energie ein, 60 Prozent planen diese Maßnahme auch langfristig. Sowohl die Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen als auch das Ausweichen auf andere Energieträger ist besonders in der energieintensiven Industriebranche (53 und 26 Prozent) eine langfristige Lösung. Auch der Umweltschutz spielt eine immer wichtigere Rolle: 31 Prozent der befragten Unternehmen geben an, künftig stärker in Umweltschutzmaßnahmen investieren zu wollen. In der Dienstleistungsbranche sind es sogar 34 Prozent.

„Die Umstellung der Unternehmen in den letzten Jahren bezüglich der Energieversorgung und des Energieeinsatzes auch unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit bekommt vor dem Hintergrund der energiepolitischen Lage in Europa einen noch wichtigeren, bedeutsamen wirtschaftlichen Hintergrund“, sagt Stefan Schreiber, Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund. „Für die Wirtschaft – und insbesondere für die energieintensiven Unternehmen – ist eine sichere Versorgung mit Energie zu bezahlbaren Preisen unerlässlich.“

„Das oberste Gebot für unsere Wirtschaft muss sein, dass wir in 2023 eine sichere, bezahlbare Energieversorgung sicherstellen. Aber dies ist nicht die einzige Voraussetzung für eine positive konjunkturelle Entwicklung“, so Schreiber weiter. Die Politik in Bund und Land sei jetzt gefordert, die richtigen Weichen zu stellen, damit der Bürokratieabbau Fahrt aufnehmen könne, um beispielsweise Genehmigungsverfahren zu erleichtern. Auch müsse mehr getan werden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. „Dazu zählen vor allem vereinfachte Verfahren bei der Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland“, sagte Schreiber. „Ansonsten bekommen unsere Unternehmen die volle Härte des demografischen Wandels zu spüren.“ Der IHK-Hauptgeschäftsführer mahnte darüber hinaus einen Schulterschluss von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bei der Digitalisierung an: „Unternehmen müssen einfacher und digitaler mit Behörden in Kontakt treten können – und gleichzeitig muss der Austausch von Daten zwischen den Behörden deutlich vereinfacht werden.“